

# **Termins-Vollmacht nach § 141 Abs. 3 ZPO**

(nur im Falle der Anordnung des persönlichen Erscheinens)

Hiermit bevollmächtige(n) ich / wir folgende Person:

Herrn / Frau .....

.....

.....

(Name, Firma, Anschrift des / der Bevollmächtigten,  
der KEIN Rechtsanwalt / die KEINE Rechtsanwältin zu sein braucht)

mich / uns in dem Verfahren

..... gegen .....

(Aktenzeichen: ..... ) vor dem ..... zu vertreten.

Der / die Bevollmächtigte ist zur Aufklärung des Tatbestandes in der Lage und zur Abgabe der gebotenen Erklärung, insbesondere zu einem Vergleichsabschluss ermächtigt, wobei es ihm / ihr freigestellt ist zu entscheiden, ob er / sie einen Vergleich (widerruflich oder unwiderruflich) abschließt. Diese Bevollmächtigung bezieht sich (bis zu einem etwaigen Widerruf) auf alle Termine (z.B. Gerichtstermine, Ortstermine usw.) und Folgetermine.

....., den .....

.....  
(Unterschrift(en) und ggf. Firmenstempel des / der Vollmachtgeber(s/in))

## **§ 141 ZPO - Anordnung des persönlichen Erscheinens**

(Quelle: [http://www.gesetze-im-internet.de/zpo/\\_141.html](http://www.gesetze-im-internet.de/zpo/_141.html) )

(1) Das Gericht soll das persönliche Erscheinen beider Parteien anordnen, wenn dies zur Aufklärung des Sachverhalts geboten erscheint. Ist einer Partei wegen großer Entfernung oder aus sonstigem wichtigen Grund die persönliche Wahrnehmung des Termins nicht zuzumuten, so sieht das Gericht von der Anordnung ihres Erscheinens ab.

(2) Wird das Erscheinen angeordnet, so ist die Partei von Amts wegen zu laden. Die Ladung ist der Partei selbst mitzuteilen, auch wenn sie einen Prozessbevollmächtigten bestellt hat; der Zustellung bedarf die Ladung nicht.

(3) Bleibt die Partei im Termin aus, so kann gegen sie Ordnungsgeld wie gegen einen im Vernehmungstermin nicht erschienenen Zeugen festgesetzt werden. Dies gilt nicht, wenn die Partei zur Verhandlung einen Vertreter entsendet, der zur Aufklärung des Tatbestandes in der Lage und zur Abgabe der gebotenen Erklärungen, insbesondere zu einem Vergleichsabschluss, ermächtigt ist. Die Partei ist auf die Folgen ihres Ausbleibens in der Ladung hinzuweisen.